«Ein klassischer Fall von Misswirtschaft»

Landammann Urban Camenzind verurteilt das Vorgehen der Ruag. Im Gespräch sagt er, worüber nun diskutiert werden muss.

Interview: Markus Zwyssig

Die Ruag verabschiedet sich langsam aus dem Kanton Uri. Die Thommen Group AG übernimmt die Ruag Environment AG (siehe Ausgabe von gestern). Damit kann der Betrieb vorerst zwar aufrechterhalten bleiben.

Das Entsorgungsunternehmen beschäftigt derzeit im Kanton Uri rund 60 fest angestellte sowie 40 temporäre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und verarbeitet Elektroschrott und Kühlgeräte. Der Urner Volkswirtschaftsdirektor Urban Camenzind nimmt Stellung und zeigt seine Sicht der Dinge auf.

Der Verkauf der Ruag Environment AG ist der Anfang vom Ende für rund 100 Urner Arbeitsplätze. Weshalb hat die Regierung nicht früher reagiert?

Wir waren in Kontakt mit der Ruag und sind informiert worden über die anstehenden Änderungen respektive über den Verkauf. Bereits vor mehr als drei Jahren haben wir erstmals interveniert. Es gab damals auch tatsächlich eine Firma, die bereit gewesen wäre, das Recyclinggeschäft von der Ruag zu übernehmen. Das wäre erfolgversprechender als die jetzige Lösung gewesen. Doch in der Zwischenzeit haben sich die Hoffnungen zerschlagen, dies auch wegen der Corona-Krise.

Was hätte man anders machen müssen?

Um längerfristig im Recyclinggeschäft bestehen zu können, hätte die Ruag ausbauen müssen. Dadurch wäre das Verhältnis von Aufwand und Ertrag besser geworden. Doch es bestanden gar keine Absichten zu investieren.

Es ist tragisch für Uri, was nun abläuft.

Die Zukunft der Arbeitsplätze steht in den Sternen. Es ist ungewiss, wie viele Menschen dort bis in ein paar Jahren noch arbeiten werden. Kommt dazu, dass viele der Arbeiten von Menschen ausgeführt werden, die von der Ausbildung her nicht so gut qualifiziert sind. Für sie wird es schwierig, eine neue Arbeit zu finden. Das was da abläuft, ist ein klassischer Fall von Misswirtschaft.

Uri braucht nicht nur neue Arbeitsplätze, wichtig ist sicherlich auch, dass man zu den bestehenden schaut. Dass dies zu wenig geschehe, diesen Vorwurf hört man in der Bevölkerung oft. Wird das von der Regierung zu stark vernachlässigt?

Im Fall der Ruag haben wir ganz klar die Anliegen der Urner Wirtschaft eingebracht. Genützt hat es aber nichts. Dabei liegt das nicht einmal am jetzigen Management der Ruag. Vielmehr führten die vielen Wechsel in der Vergangenheit dazu, dass die Ruag gar keine Interesse mehr am Recyclinggeschäft hatte. Dies schmerzt umso mehr, weil gute Fachleute im Recyclingbereich in Uri am Werk waren.

«Wir haben ganz klar die Anliegen der Urner Wirtschaft eingebracht. Genützt hat es aber nichts.»

Urban Camenzind
Landammann

Das einzige, was bei der Ruag im Kanton Uri noch rentiert, sind die Liegenschaften. Weshalb hat man das seinerzeit beim Verkauf des Lands nicht anders geregelt?

Das entsprechende Land im Schächenwald wurde vor rund 100 Jahren verkauft. Das waren ganz andere Zeiten. Die damalige Munitionsfabrik brachte über Jahrzehnte viel Arbeit in den Kanton Uri. Die Wirtschaft hat dazumal stark profitiert. Doch inzwischen sieht alles ganz anders aus. Jetzt müssen wir darüber, wie die Ruag mit dem Land umgeht, tatsächlich einmal diskutieren. Das Land der Ruag sollte für Arbeitsplätze im Kanton Uri zur Verfügung stehen.

Kantonsspital Luzern schafft Platz für Corona-Patienten

Die Spitaleinweisungen steigen stark an. Nun reagiert das grösste Zentralschweizer Spital und schränkt planbare Operationen wieder ein.

Das Spital Schwyz – im Bild die Intensivstation – ist derzeit voll ausgelastet, aber noch nicht überlastet. Bild: Gaetan Bally/Keystone

Die zweite Welle belastet die Spitäler. Derzeit befinden sich im Kanton Luzern 100 positiv Getestete in Spitalpflege, 13 davon auf der Intensivstation. Die Situation dürfte sich weiter zuspitzen, wie ein Blick über die Kantonsgrenze nach Schwyz zeigt. Franziska Föllmi, Direktorin des Spitals Schwyz, sagt gegenüber «PilatusToday»: «Das Haus ist voll.» Über 50 Corona-Patienten seien im Kanton Schwyz hospitalisiert. Alarmierend ist auch die Aussage von Virginie Masserey, Leiterin Sektion Infektionskontrolle des Bundesamts für Gesundheit. Sie betonte gestern: «Wenn es so weiter geht, sind wir in fünf Tagen an der Grenze angekommen.» Auf den Intensivstationen gebe es noch 27 Prozent Reserven.

Vor diesem Hintergrund reagiert das Luzerner Kantonsspital (Luks) und schafft zusätzliche Kapazitäten. Ab Freitag wird der Regelbetrieb in Luzern eingeschränkt, um die Zahl der Beatmungsplätze zu erhöhen, wie das Luks gestern mitteilte. Zur Anzahl sagt Luks-Sprecher Linus Estermann lediglich: «Die Lage ist derzeit sehr dynamisch, und die Kapazität von Beatmungsplätzen auf den Intensivstationen wird laufend den Entwicklungen angepasst.» Per 6. November werden die nicht dringlichen Eingriffe ausserdem reduziert, «um Ressourcen im Ärzte- und Pflegebereich bereitzustellen». Dabei wird auch die Zahl der Operationssäle nach unten angepasst. Das Luks rechnet nicht mit einer raschen Beruhigung, wie es durchblicken lässt: «Die möglichst gute Bewältigung dieser Pandemie verlangt von den Spitälern einen sehr gezielten Umgang mit den personellen sowie infrastrukturellen Ressourcen über eine lange Zeit.»

Kaum Einschränkungen in Sursee und Wolhusen geplant

Bei der ersten Welle erliess der Bundesrat ein Verbot nicht dringender Eingriffe. Nun liegt der Entscheid bei den Kantonen. Gesundheitsminister Alain Berset mahnte die Spitäler jedoch jüngst, Wahleingriffe zu verschieben. Das Luks will den Regelbetrieb reduziert weiterlaufen lassen. Estermann sagt zum Umfang der Reduktion: «So wenig wie möglich, so viel wie notwendig.» Wahleingriffe werden nur dann verschoben, «sofern dies medizinisch zu verantworten und für den Patienten zumutbar ist». Das werde nach medizinischen Kriterien individuell bestimmt. «Ein Beispiel eines Wahleingriffs wäre ein künstliches Gelenk.» Das Luks kann derzeit nicht abschätzen, wie gross die Mindereinnahmen wegen der Reduktion sind. Estermann: «Wir gehen davon aus, dass die Pandemie erhebliche finanzielle Folgen haben wird.» In Sursee und Wolhusen soll es vorderhand nur zu mässigen Einschränkungen kommen. Auch in Luzern bleiben die Ambulatorien in Betrieb und Sprechstunden finden statt. Das Luks betont: «Akut erkrankte Personen können und sollen jederzeit ohne Bedenken das Spital aufsuchen.»

Die Hirslanden Klinik St. Anna hat bereits vergangene Woche begonnen, einzelne geplante Eingriffe zu verschieben, sagt Lukas Hadorn, Leiter Kommunikation. «Dabei handelt es sich ausschliesslich um nicht-dringliche Eingriffe, bei denen eine zeitliche Verzögerung aus medizinischer Sicht keine Nachteile für die Patienten mit sich bringt.» Die Kapazitäten würden laufend so angepasst, dass nicht nur die Covid-Patienten, sondern alle Notfallpatienten adäquat behandelt würden. Ein Ausbau der Beatmungsplätze sei möglich. «Wir haben die Plätze bereits substanziell ausgebaut und sind bereit, je nach Entwicklung und in Absprache mit den anderen Spitälern und dem Kanton, zusätzliche Plätze in Betrieb zu nehmen.»

Laut Hanspeter Vogler, Leiter Fachbereich im Gesundheits- und Sozialdepartement, genügen aktuell die Kapazitäten in den Luzerner Spitälern für die Aufnahme von weiteren Covid-19-Patienten. Diesbezüglich sei das Departement regelmässig mit den Spitälern in Kontakt, die sich untereinander wiederum eng austauschen, um die Bettenbelegung und -auslastung laufend den nötigen Erfordernissen anzupassen. Dasselbe gelte auch für die Zentralschweizer Spitäler untereinander. Gibt es Pläne, etwa die Luzerner Rehaklinik Sonnmatt wieder zu reaktivieren? Dazu Vogler: «Für den Fall, dass sich abzeichnet, dass die Spitalkapazitäten nicht mehr genügen sollten, sind wir mit verschiedenen Anbietern im Gespräch.»

Nur Luzern und Zug bleiben bei der Grenze von 50 Personen

Die aktuellen Fallzahlen und die Zunahme an Spitaleinweisungen liess mehrere Kantone die Schrauben anziehen. Was die Zahl der an Veranstaltungen erlaubten Personen betrifft, ist das Bild in der Zentralschweiz einheitlicher als letzte Woche: Nach den Kantonen Schwyz (seit dem 26. Oktober) und Obwalden (seit letztem Montag) senken nun auch Nidwalden (ab Mittwoch) und Uri (ab Freitag) die Grenze von 50 auf 30 Personen. Damit sind nur noch in Luzern und Zug Veranstaltungen mit bis zu 50 Personen erlaubt.

Der Luzerner Gesundheitsdirektor Guido Graf (CVP) sagt auf Anfrage: «Der Luzerner Regierungsrat hat letztmals am Freitag, 30. Oktober, weitere kantonale Massnahmen im Zusammenhang mit der Pandemiebekämpfung präsentiert. Er analysiert und prüft die Lage laufend und wird nötigenfalls zu gegebener Zeit über allfällige weitere Massnahmen informieren.»

Die Zentralschweizer Gesundheitsdirektorenkonferenz hatte vom Bund für Veranstaltungen eine einheitliche Begrenzung auf 30 Personen gefordert. Der Bundesrat entschied dann, 50 Personen zuzulassen. Ausgenommen von den Einschränkungen sind politische Versammlungen unter Einhaltung der Maskenpflicht.

Der Nidwaldner Regierungsrat hat noch weitere Massnahmen beschlossen. So wird die Maskenpflicht in den Schulen erweitert und Sexbetriebe werden – wie im Kanton Luzern seit letztem Samstag der Fall – geschlossen. Eine weitere Massnahme im Kanton Uri betrifft die Erhebung der Kontaktdaten durch Gastronomiebetreiber: Wie in anderen Kantonen auch gilt nun eine Registrierungspflicht.

Roseline Troxler und Alexander von Däniken